



Taxi- und Mietwagenverband Deutschland

TMV und Handelsverband Deutschland kämpfen Hand in Hand für faire Löhne und gegen einen mittelstandsfeindlichen politischen Mindestlohn von 15 Euro

Zu einem aktuellen wirtschaftspolitischen Austausch haben sich der Präsident des TMV Thomas Kroker, der Hauptgeschäftsführer des TMV Patrick Meinhardt und der Büroleiter des TMV Nico Höttges mit dem Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Deutschland (HDE) Stefan Genth in Berlin getroffen.

Im Handelsverband Deutschland, dem Sprachrohr des Einzelhandels, sind Unternehmen aller Branchen, Größenklassen und Vertriebswege mit rund 100.000 Betriebsstätten organisiert, die für rund 75 % des Einzelhandelsumsatzes in Deutschland stehen.

Zusammen mit dem Bauernverband, dem Deutschen Raiffeisenverband, dem Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks, dem Gesamtverband der Deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände und Gesamtmetall hat der Handelsverband in einer gemeinsamen Verbändeerklärung und einer einseitigen Anzeige in der Bild-Zeitung zum Mindestlohn klar gemacht: „Staatliche Lohnfestsetzung ist Gift für unser Land.“

Der TMV kann jeden einzelnen Satz dieser gemeinsamen Erklärung unterschreiben, wenn es dort heißt:

„Mit Blick auf die Einigung im Koalitionsvertrag und die andauernde Debatte über eine politische Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde warnen wir als große Arbeitgeberbranchen die Politik eindringlich vor weiteren - auch indirekten - politischen Eingriffen in die unabhängige Entscheidungsfindung der Mindestlohnkommission und deren fatalen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Nach den Erfahrungen aus dem Jahr 2022 müssen rein politisch motivierte Anhebungen des gesetzlichen Mindestlohns der Vergangenheit angehören. Der Mindestlohn ist seit 2022 um mehr als 30 Prozent gestiegen. Viele Arbeitgeber, insbesondere im Mittelstand, können das finanziell bereits heute nicht mehr stemmen. Folge sind eine spürbar steigende Arbeitslosigkeit sowie viele Insolvenznachrichten. Hinzu kommen die perspektivisch steigenden Lohnnebenkosten.“

Die gleiche Zielrichtung verfolgt der Taxi- und Mietwagenverband Deutschland mit seinem ausgesprochen deutlichen Schreiben an alle Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die künftige Mittelstandsbeauftragte und Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium Gitta Connemann: „Wir appellieren an Sie Ihren eigenen Prinzipien treu zu bleiben und fordern Sie zusammen mit vielen anderen mittelständischen Verbänden eindringlich auf, die Finger von einem politischen Mindestlohn wegzulassen. Es darf keine Einigung auf dem Rücken des Mittelstandes geben.“

Für Thomas Kroker und Patrick Meinhardt ist es selbstverständlich, dass wir als mittelständisches Taxi- und Mietwagengewerbe, die wir die Werte des Ehrbaren Kaufmanns jeden Tag leben, zu guten Löhnen für gute Arbeit stehen und deswegen mit voller Überzeugung die unabhängige Arbeit der Mindestlohnkommission unterstützen: „Wir verwahren uns aber aufs schärfste gegen politisch festgelegte Mindestlöhne, was unserem Grundprinzip der Tarifautonomie im Kern zuwiderläuft. Da 500.000 deutsche Mittelständler

vor der Betriebsaufgabe stehen, können wir als Taxi- und Mietwagengewerbe klar feststellen: Ein flächendeckender Mindestlohn von 15 Euro würde wie ein Todesturbo das Taxisterben noch beschleunigen.“

Für den TMV und den Händlerbund ist klar: Wir könnten solch eine immense Kostensteigerung nicht meistern, viele Betriebe sind seit Corona auf harter Kante genäht und kämpfen jeden Monat ums Überleben. Gastronomen, Bäcker, Konditoren, Lebensmittelhändler, Friseure, der ganze Einzelhandel, die Landwirtschaft, die Logistikbranche die Taxi- und Mietwagenbranche müssten dies an die Kunden weitergeben, was in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht nachvollziehbar ist.

Und zwei Auswirkungen speziell für die Taxi- und Mietwagenbranche werden auch in weitere künftige Aktionen miteinfließen: Da das Taxi- und Mietwagengewerbe selbst gar nicht eigenständig die Tarife verändern können, müssten flächendeckend in den Stadt- und Landkreisen deutschlandweit neue Verhandlungen über Tarife stattfinden, was ein unglaublicher organisatorischer Aufwand wäre.

Ein besonders kritischer, häufig nicht beachteter Punkt ist die Finanzierung der Krankenkassen. Taxen und Mietwagen erbringen einen erheblichen Anteil der Krankenfahrten für gesetzlich Versicherte. Eine neue Erhöhung auf 15 Euro wird zu einer weiteren Steigerung der Krankenfahrtkosten um 16,46 % führen.

Die gesetzlichen Krankenkassen müssten dadurch 1,32 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich aufbringen. Das würde bedeuten, dass alle gesetzlich Versicherten mit höheren Krankenkassenbeiträgen belastet werden, um diese Maßnahme zu finanzieren.

Stefan Genth, Thomas Kroker, Patrick Meinhardt und Nico Höttges werden künftig bei weiteren Aktionen engstens zusammenarbeiten: „Hier geht es um die Interessen des Mittelstandes als Rückgrat unserer Wirtschaft und wir werden Hand in Hand für faire Löhne und gegen einen politischen Mindestlohn kämpfen.“